

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

IM AALENER STADTRAT

Rede zu Haushaltsentwurf 2021

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

meine Generation hat bisher geradezu unerschämtes Glück gehabt: Über 60 Jahre in Frieden, Freiheit und Wohlstand. Nun hat uns die Geschichte mit einem unsichtbaren Virus etwas beschert, womit wir zuallerletzt gerechnet hatten. Und das trifft nicht nur uns, sondern leider vor allem die jungen Menschen, die unter den Einschränkungen in Kita, Schule, beim Berufsstart, aber eben auch unter den wirtschaftlichen Folgen leiden und leiden werden, die Einschränkung der gerade für sie so wichtigen Kontaktmöglichkeiten noch gar nicht erwähnt.

Waren viele von uns im Frühjahr noch der Hoffnung, die Pandemie im Sommer weitgehend zurückdrängen und im Herbst so weitermachen zu können wie bisher, wissen wir seit dem Ende der Außensaison: Das Virus verhandelt nicht!

Und in der städtischen Finanzplanung einfach durchstarten, um mit viel Geld und dem dadurch verursachten Schwung gewissermaßen achterbahnmäßig das Tal zu durchsausen und gleich wieder alte Höhen zu erklimmen, funktioniert nicht. Wir werden uns vielmehr für mehrere Jahre auf gesundheitlich, gesellschaftlich und ökonomisch sehr schwierige Verhältnisse einstellen müssen. Je früher wir diese Realität zur Kenntnis nehmen, desto eher behalten wir das Heft des Handelns in der Hand.

Was heißt das für uns?

1. Wir müssen alles dazu beitragen, dass die Menschen in Aalen gesundheitlich so unbeschadet wie möglich durch die Pandemie kommen. Das sind wir vor allem den älteren Mitbürgern und den Menschen mit Vorerkrankungen schuldig. Bilder wie in Bergamo darf es keinesfalls geben. Daraus resultiert für uns die Verpflichtung, bei begründeten Vorsorgemaßnahmen mitzuziehen, auch wenn sie einschneidend sind und wehtun. Und auch, wenn man immer

auf irgendeinen anderen Lebensbereich verweisen kann, in dem die Infektionsgefahr vermeintlich noch größer ist. 100% richtig und differenziert werden wir es nicht machen können. Letztlich gilt hier der Satz unseres Ministerpräsidenten: „Das Virus ist nicht gerecht“.

Dort, wo die Stadt zuständig ist, muss sie mitziehen. Wenn wir jetzt rasch zeitlich begrenzt alle gemeinsam entschlossen handeln, haben wir eine Chance, uns mittelfristig viel massivere Einschränkungen und Schäden zu ersparen.

Das heißt, Herr Oberbürgermeister, in diesem Sinne handeln. Nicht das letzte aus der Verordnung heraus zu kitzeln, um doch noch möglichst viele Events veranstalten zu können oder gar denjenigen, die konzertiert handeln, mit „Brandbriefen“ in den Rücken zu fallen. Auch sehen wir mit großer Sorge die drei Großgottesdienste an Heiligabend mit insgesamt bis zu 1.500 Teilnehmern, die Sie, Herr Rentschler, unter Zusage städtischer Unterstützung initiiert haben. Wir fordern Sie dringend auf: Suchen sie mit den Beteiligten andere Formen für Weihnachtsgottesdienste, die der Situation angemessen sind und bei denen die Kontakte zum Wohle Aller begrenzt werden!

Oberste Priorität haben für uns der ordnungsgemäße Präsenzbetrieb der Schulen, die Öffnung der Kitas sowie die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft. Wir waren schon sehr überrascht, als sich zu Beginn des Herbstes herausgestellt hat, dass über den Sommer keine Bestandsaufnahme und Bewertung der Lüftungssituation in den Schulen stattgefunden hat und es dafür erst eines Antrags unsererseits und anderer Fraktionen bedurft hat. Vorsorglich beantragen wir deshalb, in den nächsten 6 Monaten in jedem KBFA einen aktuellen Bericht zur Corona-Lage in den Aalener Schulen und Kitas.

Das wird ein Mega-Thema für diesen Winter. Es muss Chefsache werden! Wir schulden es unseren Kindern und Jugendlichen, aber auch deren Familien, uns damit intensiv zu befassen.

Der Ausgleich für die hart getroffenen Gastronomen, Kulturschaffenden und Andere muss über eine rasche finanzielle Entschädigung erfolgen.

Die Bundespolitik wird gut beraten sein, eine ehrliche Debatte über die Verteilung der finanziellen Folgelasten der Pandemie zu führen. Ein Lastenausgleich ist das Gebot der Stunde: Die Schere zwischen arm und reich ist in Deutschland schon unanständig weit auseinandergegangen. Nun trifft es wieder die am härtesten, die ohnehin nicht auf Rosen gebettet sind. Die Situation beim Tafelladen spiegelt es wider. Es ist an der Zeit, einen fairen

Ausgleich zwischen Gewinnern und Verlierern der Pandemie herbeizuführen und dafür die Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte zu stärken.

2. Wir schätzen die finanziellen Auswirkungen der Krise für die Stadt mittel- bis langfristig als enorm ein. Diesen Haushalt können wir noch mit einer sehr hohen Neuverschuldung fahren, da wir von den fetten Jahren profitieren. Aber die Annahme, die in der mittelfristigen Finanzplanung für 2022 enthaltenen Vorhaben ließen sich bei den zu erwartenden geringeren Steuereinnahmen finanzieren, wird sich als Illusion erweisen. Damit werden wir uns in einem halben Jahr nochmals befassen und Prioritäten setzen müssen, wenn wir sehen, wie wir über den Winter gekommen sind. Noch bitterer wird es strukturell werden. Ich erinnere mich an die letzte Strukturkommission. Diesen Fakten wird sich auch ein Turbo-Thilo beugen müssen. Aalen ist keine Insel der Seligen. Und es ist schon bemerkenswert, dass Sie, Herr Oberbürgermeister, in ihrer Haushaltsrede nun plötzlich das antizyklische Verhalten entdeckt haben, von dem Sie in den fetten Jahren nichts wissen wollten.

3. Nein, wir können nicht einfach so weiter machen wie bisher. Das Gebot der Stunde ist, mit dieser Lage verantwortungsvoll umzugehen. Die Kräfte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt brauchen wir für die Bewältigung der Corona-Situation und die Erfüllung unserer Kernaufgaben. Nicht hilfreich ist, die Rathauscrew auch im nächsten kritischen halben Jahr weiterhin mit einem Feuerwerk an verschiedenen publikumswirksamen Aktionen aus allen Bereichen zu beschäftigen, damit Sie, Herr Oberbürgermeister und ihr segensreiches Wirken möglichst jeden Tag in der Zeitung stehen. Lassen Sie die Mannschaft im Rathaus durchatmen - und am besten tun Sie es selbst auch. Man kennt Sie. Entweder werden Sie auf Grund ihrer Bilanz ohnehin wiedergewählt, auch ohne permanente Werbeaufritte oder aber auf Grund dessen, wie Sie agiert haben, nicht wiedergewählt. Daran wird dann auch ein Jahr im Dauerwahlkampfmodus nichts ändern.

Der Gemeinderat sollte nun da weitermachen, wo er mit den Haushaltsbeschlüssen des Jahres 2020 begonnen hat.

Die von der Mehrheit des Rats gesetzten Prioritäten waren goldrichtig.

Sie Herr Wagenblast haben mit ihrem Thema Digitalisierung in den Schulen, das wir vor einem Jahr als Schwerpunkt sehr gerne unterstützt haben, nachträglich betrachtet in der Pandemie einen Treffer gelandet.

Und goldrichtig lagen wir selbst auch mit dem auf unseren Antrag beschlossenen 10-Millionen-Radwegeprogramm über 5 Jahre. Der Radverkehrsanteil explodierte in der Pandemie geradezu und das dürfte auch so bleiben. Dafür braucht es eine gute Infrastruktur. Und nachdem die Klimakrise sich von Corona nicht beeindrucken lässt und keine Pause kennt, müssen wir die noch existenziellere Bedrohung durch dieses weitere globale Phänomen nun umso entschlossener angehen. Die Pandemie hat uns gelehrt: Wegducken hilft nicht! Deshalb steht die Reduzierung des Co²-Ausstosses und die umweltfreundliche Mobilität auch in Zeichen knapper Finanzen ganz oben.

Richtig lag die Grünen-Fraktion auch mit ihrem Antrag aus 2020 bei der Spionkarte. Der Übergang vom Familienpass zur Spionkarte enthielt grobe Ungerechtigkeiten insbesondere für Familien mit Kindern, gegen die wir zu Recht Sturm gelaufen sind. Nun genau ein Jahr später und nach zähem Ringen mit der Verwaltung werden wir heute wie beantragt deutliche Verbesserungen beschließen. Die Teilhabe an Bildung und am kulturellen Leben, auch sie wird in der Pandemie noch wichtiger. Überhaupt müssen wir die, die durch die Krise abgehängt wurden, bei unseren Entscheidungen im Rat sehr genau im Auge behalten. Und da brennt Menschen in prekären Verhältnissen insbesondere die Wohnungsnot auf den Nägeln. Da wollen wir entschieden handeln.

Konzentration auf das Wesentliche: Bildung, Digitalisierung, Klimaschutz und sozialer Ausgleich, aber eben auch finanziell machbar. Welche Anträge resultieren für uns daraus zum Etatentwurf 2021:

1. Streichung des Stegs. Diese Entscheidung ist ein Gebot der Stunde, um finanziell Spielraum für Wichtigeres zu bekommen. Die Rückzahlung der Stegumlage abgezogen, bringt dies, je nachdem in welcher Höhe sich Zuschüsse realisieren lassen, zwischen 2,6 Mio und 6 Mio Euro. Die von Ihnen, Herr Rentschler, behaupteten 60% Zuschuss für den Steg gibt es so nicht. Der Zuschuss wird für das gesamte Stadtvoal gewährt und nicht für einzelne Maßnahmen. Und wenn der Zuschussrahmen vom Land nicht deutlich erhöht wird, kann es sogar passieren, dass mit Steg nicht mehr Landesmittel fließen als ohne. Dann bliebe sogar ein von der Stadt

zu finanzierender Eigenanteil von 6,4 Mio Euro. Dabei ist noch nicht einmal berücksichtigt, dass das Luxusbauwerk auch für 7 Mio Euro nicht zu haben sein wird. Da werden wir wohl näher bei 8 bis 10 Mio landen.

2. Einstellung der für den Steg vorgesehenen Mittel in ein Sofortprogramm sozialer Wohnungsbau. Ausgenommen davon ein kleiner Teil von 200.000 Euro, der zusätzlich in das Innenentwicklungsprogramm fließen sollen.

In der Bilanz der Anzahl der Sozialwohnungen sind wir bisher nicht sehr weit gekommen. Da brauchen wir einfach wesentlich mehr Geld.

3. Schieben des Beginns der Rathaussanierung bis nach der Fertigstellung des Kombibads. In 2021 beantragen wir deshalb die Streichung der Planungsrate und Reduzierung der 430.000 Euro auf 130.000 Euro für Sofortmaßnahmen und die Erstellung eines Konzepts für das digitale Rathaus. Letzteres wird sich auch auf den Raumbedarf auswirken.
4. Streichung der 600.000 Euro für die Umgestaltung der Schleifbrückenstraße. Dafür sehen wir keine Priorität.
5. Gleiches gilt für die 70.000 Euro für die Schillerhöhe, deren Streichung wir ebenfalls beantragen.
6. Streichung der VE für 2023 für den Westlichen Stadtgraben in Höhe von 320.000 Euro. Das beurteilen wir dann vor dem Hintergrund unserer Finanzlage im Jahr 2022. Da brauchen wir uns noch nicht in 2021 binden.
7. Streichung der Mittel für den Kreisverkehr in Unterkochen am Anschluss der Ebnater Steige, im Haushalt 2021 immerhin allein 1,1 Mio Euro und unter Berücksichtigung der Zuschüsse netto die Hälfte davon als effektive Einsparung.
8. Aufnahme von insgesamt zusätzlich 260.000 Euro für 2021 zur Umsetzung erster Maßnahmen des Gutachtens „Klimagerechtes Flächenmanagement Stadt Aalen“ vom Mai 2018. Die Maßnahmen sollen gleichermaßen dem Klimaschutz wie auch der Aufenthaltsqualität in der Stadt zugutekommen. Im Einzelnen betrifft dies „Wasser in der Stadt“ einschließlich der Ertüchtigung der Wasseranlage für Kinder im Stadtgarten. Ferner die Erhöhung der mageren Mittel für das Baumpflanzprogramm, Begrünungsmaßnahmen für den Altstadtring, Fassadenbegrünung und die beratende Begleitung der Baumschutzverordnung. Im Einzelnen verweisen wir auf den Antrag in Anlage 1. Wir gehen davon aus, dass hierfür auch Zuschüsse aus dem Konjunkturprogramm für Klimaschutz in Kommunen generiert werden können.

9. Um die von Kindern und Jugendlichen sehr begehrten Freizeitmöglichkeiten im Freien zu schaffen, beantragen wir 40.000 Euro für den Bau eines Pumptracks sowie 60.0000 Euro für die Realisierung eines Dirtparks, beide an geeigneten Orten in der Oststadt in den Haushalt 2021 aufzunehmen. Beide Anlagen sollen unter Beteiligung der zukünftigen Nutzer geplant werden. Beim Dirtpark wollen wir Jugendliche und Kinder mit professioneller Unterstützung am Bau selbst beteiligen. Näheres im Antrag in Anlage 2.
10. Die drei Transporter für den Grünflächenbetrieb in Form von E-Fahrzeugen zu beschaffen.
11. Den Topf für Radwegmaßnahmen gemäß dem Beschluss des Gemeinderats aus 2019 so aufzufüllen, dass im Jahr 2020 nicht verbrauchte bzw. zu übertragende Mittel für 2021 zusätzlich eingestellt werden. Nicht beurteilen können wir derzeit, welches Budget für Radwegmaßnahmen tatsächlich in 2021 zur Verfügung steht, da die entsprechende Auflistung mit allen erforderlichen Zahlen noch fehlt. Wir behalten uns vor, nach Vorliegen korrekter Zahlen noch notwendige Anträge zu stellen, damit der Etat der Beschlusslage des Gemeinderats aus 2020 entspricht. Wir gehen allerdings davon aus, dass dafür gar kein gesonderter Antrag erforderlich ist und die Verwaltung das zusagt.
12. Die Vorziehung des Altstadtrings von 2022 auf 2021 im Rahmen des Etats. Wir waren uns in der Arbeitsgruppe alle einig, dass diese Markierungsmaßnahmen sofort geschehen sollen, weshalb es erstaunt, dass dies im Finanzplan erst 2022 vorgesehen ist.
13. Anbringung eines Sperrvermerks für die Mittel zum Bildungscampus Brauenberg. Vor einer Entscheidung müssen aus Sicht der Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen unbedingt folgende Unterlagen vorliegen bzw. Fragen geklärt werden:
 - a) Vorlage eines Raumkonzepts für Brauenberg- und Weitbrechtschule im Bildungscampus am Brauenberg.
 - Welchen Raumbedarf haben die beiden Schulen?
 - Welche Synergien können erzielt werden (Gemeinsames Sekretariat und Mensa)?
 - b) Welche Vorteile hat der status quo?
 - c) Wie hoch sind die Kosten für eine Sanierung der Weitbrechtschule?
 - d) Kita: Kostenberechnung für Umbau des Pavillons und alternativ für Abriss des Pavillons und Neubau einer viergruppigen Kita.
Im Einzelnen verweisen wir auf den Antrag in Anlage 3.

Zum Schluss bedanken wir uns an dieser Stelle bei der Kämmerei und den städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Unterstützung und ihre enormen Leistungen in dieser in jeder Hinsicht schwierigen Zeit.

Michael Fleischer

(Es gilt das gesprochene Wort)